

Forstenried: Breite Front gegen den Ausbau der Schießstände Von Hubertus Unterdill

Lokalpolitiker verweigern die Schützenhilfe

Der Bezirksausschuss will formal erst im August entscheiden, obwohl Anwohner auf ein sofortiges Nein drängen

Von Renate Winkler-Schlang

Die Gegner des Um- und Ausbaus der Schützenanlage Hubertus Unterdill formieren sich: Bei der Sitzung des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen, Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln) im vollbesetzten Bürgersaal Fürstenried kündigte Anwohnerin Petra Reitberger die Gründung einer Bürgerinitiative an und forderte Akteneinsicht. Der Bezirksausschuss hielt formal an seiner Absicht fest, erst nach dem bereits beschlossenen „Runden Tisch“ mit Schützen, Vertretern der Verwaltung und der Betroffenen in der August-Sitzung seine Stellungnahme abzugeben. Doch die Statements aller Fraktionen zeigten eine ablehnende Tendenz. Der Runde Tisch trifft sich am Dienstag, 14. Juli, um 17 Uhr im Bürgersaal an der Züricher Straße 35.

Bekanntermaßen muss der 300 Mitglieder starke Verein seine veraltete Anlage dringend den gültigen Lärm- und Umweltschutzbedingungen anpassen, was unter anderem mit einem rund 300 Meter und 20 Meter hohen U-förmigen Wall zum Forstenrieder Park hin geschehen soll. Außerdem sind Auffanganlagen für Schrotkugeln und die Reste der Wurfscheiben vorgeschrieben. Für die Schützen drängt die Zeit, weil der Freistaat nur noch für wenige Monate eine Förderung der anfallenden Kosten in sechsstelliger Höhe in Aussicht stellt. Die Anlage sei auch nötig für Jäger, die ihre Waffen einschießen und ihre Prüfungen ablegen, sagten die Schützen.

Hans Bauer (SPD), der BA-Vorsitzende, ist wie die Bürger sauer, dass der Umbau still und leise ohne eine Baugenehmigung nur nach lärmschutzrechtlicher Prüfung durch das Referat für Gesundheit und Umwelt hätte vonstatten gehen sollen. Gemeinsam mit seiner Fraktion fordert er einen offiziellen Bauantrag. Die SPD stellte aber auch gleich klar: „Unserer Meinung nach kann und darf diese Anlage, angrenzend an die Wohnbebauung und das Naherholungsgebiet, baurechtlich nicht genehmigt werden.“ Die 1977 ausgehandelten und 2000 bestätigten engen Schießzeiten dürften nicht ausgeweitet werden.

Bisher war Bauer davon ausgegangen, dass die Stadt nur begrenztes Mitspracherecht habe, denn die Schießstände liegen auf gemeindefreiem Boden im Landkreis. Nun aber erklärte er, es gebe eine 1987 geschlossene und nie widerrufen Vereinbarung, nach der die Stadt als von den Auswirkungen Betroffene zuständig sei. Zum Runden Tisch, so Bauer, hätten die städtischen Behörden jedenfalls Vertreter „auf Abteilungsleitersebene“ angekündigt. Der BA habe bereits einen sechsseitigen Fragenkatalog erstellt, werde aber gerne weitere Bürgerfragen mit aufnehmen.

Auch mit den Gegnern der Anlage ging Bauer ins Gericht: Sie hätten auf einem anonymen Flugblatt ungefragt die Telefonnummern von zwei BA-Mitgliedern veröffentlicht: „So geht es nicht.“ Dabei wüssten die Anlieger ohnehin nur dank einer Veröffentlichung in der SPD-Zeitung von dem Vorhaben. Akten könne man der Bürgerinitiative nicht geben, denn von Schützenseite sei dem Umweltsprecher des Gremiums, Jürgen Gerhards (SPD), bereits mit Schadensersatzforderungen gedroht worden, ergänzte Bauer.

Anlieger Heinz Kunert forderte in strengem Ton alle Fraktionen auf, Farbe zu bekennen: „Wir wollen Ihnen hier eine Chance geben die Interessen der Bürger zu vertreten.“ Er verstehe nicht, warum der BA nicht gleich ablehne, die auf dem Tisch liegenden Fakten würden für ein Nein längst ausreichen. „Welches zusätzliche Wissen brauchen Sie?“ Er hatte jedoch auch selbst eine Frage parat, in der eine Unterstellung mitschwang: Seit wann wisse der BA von dem Vorhaben? Die bei der Juni-Sitzung von den Schützen gezeigten Pläne seien ein Jahr alt gewesen. Bauer erklärte, der BA sei im April informiert worden.

Die Fraktionen kamen Kuhnerts Aufforderung nach: Für die CSU warb Ludwig Weidinger um Verständnis, dass eine fundierte Diskussion einem ablehnenden Votum einen höheren Stellenwert verschaffen könne: „Auch wenn Sie das jetzt nicht glauben.“ Man müsse objektiv klären, ob die Schützen in Unterdill Bestandschutz hätten. Für die Grünen erklärte Wolfgang Rieger, sie würden ablehnen, wenn Immissionsschutz und Umweltschutz unzureichend seien und die Eingriffe in den Park zu groß würden. Richard Ladewig (FDP) sagte, man werde nicht aufgrund von Masse oder Präsenz der Gegner entscheiden, sicher aber zum Wohl der Bürger.

Anlieger Walter Fendt wollte dem Katalog noch hinzufügen, ob Bestandsschutz einen Ausbau rechtfertige, ob im Forst eine Zusatzrodung nötig sei, ob aus ihrem Wohngebiet ein Mischgebiet werden solle, ob der Freistaat einen Vorvertrag unterschrieben habe und ob ein weiterer Verein in Unterdill schießen wolle.

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 09.07.2009